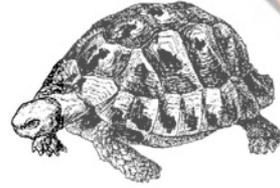


express

Zeitung für sozialistische
Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit



ver.di Handel – Wie weiter?

Politische und personelle Weichenstellungen auf dem Bundeskongress?

In: *express*, [Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit](#), 09/2015

Mit Spannung erwarten viele auf dem ver.di-Bundeskongress vom 20.–26. September die Diskussionen und Entscheidungen, mit denen Weichen für die kommenden Jahre im Fachbereich Handel gestellt werden können. Und daran gibt es großen Bedarf.

Krisen im Handel und in ver.di Handel

Seit Jahren und fast wöchentlich spiegeln sich die Konkurrenzverhältnisse im Einzelhandel in Schlagzeilen wider:

- Insolvenzen von Groß- und Kleinbetrieben wie Schlecker, Arcandor, Quelle, Praktiker/Max Bahr oder »Tante Emma«-Läden, Betriebsschließungen,
- weiterhin zunehmende Konzentration durch An- und Verkäufe ganzer Unternehmen wie Kaufhof, Kaisers/Tengelmann oder Plus, Umstrukturierungen selbst ganzer Konzerne wie derzeit des Metro-Konzerns durch Verkauf der Kaufhöfe und Feilbieten der real-SB-Warenhäuser,
- Privatisierung durch Umwandlung konzerneigener Filialen in Quasi-Franchisebetriebe vor allem bei Edeka und Rewe,
- Flucht aus den Tarifverträgen wie Karstadt sowie vor Kurzem die Tochter des Metro-Konzerns real, Verweigerung einer Tarifbindung wie bei Amazon,
- weiterer Personalabbau, Umstrukturierung der Belegschaften durch Vernichtung von Vollzeit Arbeitsplätzen und deren unvollkommenen Ersatz durch Teilzeit- und Mini-jobs,
- Druck auf gewerkschaftlich aktive Betriebsräte wie bei H&M, Verweigerung von § 3-Tarifverträgen, durch die eine Wahl filialübergreifender, d.h. arbeitsfähiger Betriebsräte ermöglicht würde, bei Lidl. Massive Zunahme und mindestens Duldung gewerkschaftsferner und -feindlicher, aber unternehmensnaher Listen (wie etwa AUB) in Betriebsratswahlen bei ALDI.

Diese Liste ließe sich fortsetzen, konkretisieren und mit Namen hochangesehener Unternehmen garnieren.

Dieser permanente »Wandel im Handel« hat vielfältige Folgen. Leerstehende Läden sind nicht mehr nur in kleineren Städten und Stadtteilen zu sehen. Selbst in den sogenannten 1A-Lagen von Fußgängerzonen, Passagen und Einkaufszentren sind sie ein häufiger Anblick. Stadtplaner und KundInnen vereinen sich im Kopfschütteln. Für die Städte gehen Steuereinnahmen verloren, für die ArbeitnehmerInnen Arbeits- und Ausbildungsplätze, für die Kunden Einkaufsmöglichkeiten – und dies trotz Ladenöffnungen bis Mitternacht und oft auch an Sonntagen. Discountfilialen aller Lebensmittelfilialbetriebe mit ihrem beschränkten Sortiment

sind – vor allem wenn sie in den Gewerbegebieten angesiedelt werden – oft keine Alternative für bestimmte Kundengruppen wie Ältere, Behinderte, Menschen mit kleinen Kindern bzw. ohne PKW. Eingeschränkt gilt dies auch für den boomenden Online-Handel.

Dieser permanente »Wandel im Handel« hat aber kaum gewerkschaftspolitisch strukturierte Folgen für das Handeln im Fachbereich Handel in ver.di: weder im Umgang mit den oben genannten Aspekten noch im Umgang mit Discountern, mit neuen Betriebs- und Vertriebsformen wie Multi-Channel¹, noch in Form einer gesamtgesellschaftlichen Einflussnahme durch eigene, veröffentlichte Positionen auf der Ebene von Bund, Ländern und Kommunen, z.B. im Hinblick auf Ökonomie, Ökologie, Standort- und Wettbewerbspolitik. Gewerkschaftliche Antworten bzw. Ansätze zu deren Erarbeitung sind nicht zu sehen.

Wo bleiben die gewerkschaftspolitischen Konsequenzen aus dem zur Fachgruppen- und Fachbereichskonferenz im Frühjahr 2015 vorgelegten Geschäftsbericht, der unmissverständlich darauf hinweist, wo die Defizite und Mängel liegen?

»Die Verdrängung von Unternehmen vom Markt, damit die Konzentration ganzer Vertriebslinien in den Portfolios einiger weniger Konzerne ist enorm. Die 30 größten Lebensmittelhändler beherrschen etwa 98 Prozent des Marktes.« (...)

»Durch diese Entwicklungen gibt es heute nur noch zwei Warenhausunternehmen. (Karstadt und Kaufhof) Nur noch eine überschaubare Zahl von Unternehmen bei den Lebensmittelfilialisten. Im Wesentlichen die fünf Unternehmen Edeka, Rewe, Schwarz-Gruppe (Lidl und Kaufland), Aldi und mit Einschränkungen der Metro-Konzern. Auch Norma verfügt über ein überregionales Filialnetz. Auf die führenden Unternehmen Edeka, Rewe, Schwarz-Gruppe und Aldi entfallen deutlich mehr als drei Viertel aller Umsätze im Lebensmitteleinzelhandel. Allein die Edeka als Spitzenreiter macht weit mehr als ein Viertel aller Umsätze im deutschen Lebensmitteleinzelhandel. Bei den Drogeriediscountern sind es nur noch drei Unternehmen: dm, Rossmann und Müller. In diesem Wirtschaftszweig, in dem es seit Jahren mehr Teilzeit- als Vollzeitstellen gibt, meist mit Frauen besetzt, mit Befristungen, mit den unsäglichen Leiharbeiterverhältnissen und Werkverträgen, droht eine weitere Zunahme der Prekarisierung. Arm trotz Arbeit – im Arbeitsleben und im Rentenalter.«

Bei den Filialisten und Discountern (Edeka, Schwarz-Gruppe, Aldi, Norma oder den Drogisten) ist ver.di Handel nicht wirkmächtig vertreten. Es muss leider festgestellt werden: Es fehlt komplett an einer erkennbaren Branchenpolitik – eine gewollte und im gewerkschaftlichen Interesse ressourcenschonende und effektive Schwerpunktsetzung ist nicht zu finden.

Folgen für ver.di Handel: Weniger Mitglieder, sinkende Beitragseinnahmen, weniger GewerkschaftssekretärInnen

Dieser »Wandel im Handel« hinterlässt seine Spuren auch in der Gewerkschaft. Betriebs-schließungen und erschwerte Bedingungen zur Organisierung von Mitgliedern in neu entstehenden Betriebsformen erklären zum Teil die seit der ver.di-Gründung im Jahr 2001 mit Ausnahme des Jahres 2013 kontinuierlich sinkenden Mitgliederzahlen. Von 306 785 in 2010 auf 290 017 am Jahresende 2014; das ist ein Rückgang um 5,5 Prozent. Die Zahlen für ver.di gesamt: von 2 094 455 auf 2 039 931 Ende 2014, ein Rückgang um 2,6 Prozent. Die Mitgliederentwicklung im Handel, dem noch immer zweitgrößten Fachbereich in ver.di, färbt heftig auf die gesamte Organisation ab. So war es auch im Jahr 2013, dem einzigen Jahr mit positiver Entwicklung seit dem letzten Bundeskongress: Während ver.di insgesamt einen Mitgliederzuwachs von 0,14 Prozent hatte, betrug dieser im Handel sogar 3 Prozent. Ganz sicher besteht hier ein enger Zusammenhang mit der acht Monate langen Tarifrunde im Einzelhandel, die von vielen Arbeitskämpfen geprägt war. 2014 schrumpfte ver.di um 1,2 Prozent, der Fachbereich Handel in diesem Jahr ohne Tarifrunde allerdings um 3,9 Prozent.

Im Zeitraum 2010–2014 hatte nur Bayern im Handel einen Mitgliederzuwachs von 0,8 Prozent. In Hamburg sank die Zahl der Handelsmitglieder um 11,4 Prozent, in Nord (= Schleswig-Holstein/Mecklenburg-Vorpommern) gar um 12 Prozent. Selbst in Baden-Württemberg, dem im Handel kampfstärksten Landesbezirk, waren es 4,1 Prozent weniger. Hier machte sich die Pleite von Schlecker, dessen Beschäftigte im Ländle hochgradig organisiert waren, besonders bemerkbar. In Folge der internen Organisation von ver.di bedeuten Mitgliederrückgänge geringere Beitragseinnahmen und damit weniger hauptamtliche GewerkschaftssekretärInnen. Der Rückgang der Beitragseinnahmen wird noch verstärkt durch die Verdrängung von Vollzeit- durch Teilzeit- Arbeitsverhältnisse. Es gibt im Handel keinen stabilen Bestand an Mitgliedern, mit deren Beiträgen mehrjährige Erschließungs- und Organizingprojekte finanziert werden könnten. ver.di insgesamt hat darauf bisher keine nutzbringende Antwort.

Im Handel wird auf die Verantwortung von Stefanie Nutzenberger, dem zuständigen Mitglied im Bundesvorstand, vielfach besonders hingewiesen. Neben einer Kritik, die sich auf ihre Verantwortung generell bezieht, gibt es seit Jahren auch detaillierte Kritik: Wenn sich schon die Mitgliederentwicklung in den einzelnen Bezirken und Landesbezirken so deutlich unterscheidet, sei es Aufgabe des BuVo-Mitgliedes, die Ursachen dieser unterschiedlichen Entwicklung analysieren und daraus produktive Konsequenzen ziehen zu lassen. Dies könnte z.B. die Organisierung von Erfahrungs- und Ideenwerkstätten sein, die ein gemeinsames Voneinander-Lernen zum Inhalt haben.

Fehlende bzw. falsche Tarifstrategie

Ähnlich unterschiedlich wie die Mitgliederentwicklung ist im Handel die Kampfkraft. In der Einzelhandelstarifrunde 2013 wurden allein in Baden-Württemberg 47,9 Prozent der gesamten Streikunterstützung ausgezahlt; in NRW waren es 17,1 Prozent. Alle anderen Landesbezirke »verbrauchten« zwischen 0,6 und 6,6 Prozent. Die Zahlen für die mit drei Monaten deutlich kürzere Tarifrunde 2015: BaWü 30,1 Prozent, NRW 26,5 Prozent, Bayern 12,3 Prozent; jeder andere Landesbezirk deutlich unter 10 Prozent.

Auch hier wird bemängelt, dass eine konstruktive Auswertung dieser unterschiedlichen Situation nicht erfolgt. Konzepte für ein gemeinsames Stärker-Werden gibt es nicht; eine Erarbeitung von Konzepten wird nicht organisiert. Es fehlen Diskussionen zu innergewerkschaftlich ganz sicher umstrittenen Fragen des Umgangs mit der schwindenden Tarifbindung. Beispiele: Sollen die Flächentarifverträge durch Haustarife und/oder Anerkennungstarife mit einzelnen Unternehmen/Konzernen ergänzt oder abgelöst werden? Wären zukünftig bundeseinheitliche Tarife für den Handel Fluch oder Segen im Vergleich zu den bisherigen, im Laufe der letzten 70 Jahre unterschiedlich entwickelten Tarifverträge in den einzelnen Bundesländern?

Stefanie Nutzenberger wird vorgeworfen, dass sie, statt solche Debatten zu initiieren und voranzutreiben, die in den Gehaltsrunden für bessere Tarife und die Abwehr von Arbeitgeberforderungen gezeigte Kampfkraft für andere, von ihr propagierte Ziele zu nutzen versucht. Zuh verfolgt sie eine in ver.di Handel umstrittene und nicht mehrheitsfähige Entgeltstrukturreform sowie einen Demografie-Tarifvertrag.

Angesichts der im Handel weiterhin rückläufigen Tarifbindung, der anhaltenden Tariffucht und eines Arbeitgeberverbandes, der dies durch das Angebot und die Propagierung einer Mitgliedschaft ohne Tarifbindung unterstützt und damit das Unterlaufen der auch von ihm abgeschlossenen Tarifverträge ermöglicht, sind Diskussionen über gewerkschaftliche Antworten auf dieses Verhalten sicherlich sinnvoller als die Hoffnung, mit einer neuen Entgeltstruktur und hie und da abgesenkten Gehältern den Arbeitgebern ein Angebot zur »preiswerteren« Rückkehr in die Tarifbindung zu machen. Die Vertretung von Mitgliederinteressen, z.B. die der Kassiererinnen in den SB-Warenhäusern, auf deren Gehälter es die Arbeitgeber abgesehen haben, bedarf anderer gewerkschaftlicher Instrumente und Vorgehensweisen. Bemängelt wer-

den zudem die eher zaghaften und kaum mit Druck versehenen Versuche, die Tarifverträge im Handel von den Arbeitsministerien in Bund und den Ländern für allgemeinverbindlich erklären zu lassen. Bemühungen um den dafür notwendigen Aufbau gesellschaftlicher Bündnisse sind ebenfalls nicht zu erkennen. Ebenso fehlen eine Strategie und Aktivitäten für eine mögliche, tarifliche Regulierung von Leiharbeit und Werkverträgen. Im Handel tragen Leiharbeit und Werkverträge zu einer weiteren Deregulierung der Betriebe und Belegschaften bei.

Wie weiter bei Amazon?

Solche gesellschaftlichen Bündnisse sind angesichts der schwindenden gewerkschaftlichen Kraft immer wichtiger geworden. Aktuelles Beispiel sind die Streiks bei Amazon, durch die eine Anbindung an die Tarifverträge des Einzelhandels erreicht werden soll. Obwohl diese Streiks seit dem Frühjahr 2013 immer wieder und an immer mehr Standorten geführt werden, blieben sie bisher ohne das geforderte Ergebnis. Die Zweifel, ob die Kampfkraft der Streikenden ausreicht, nehmen zu. Auch in ver.di; wohl auch im Berliner Bundesfachbereich. Was könnte das heißen?

Mit Hilfe einer öffentlichen Kampagne gegen Amazon, in der die Bedeutung dieses globalen Konzerns für die hiesigen sozialen Standards, die Tarifverträge und für menschenwürdige Arbeitsplätze dargestellt werden müsste, könnte die gewerkschaftliche Kraft verstärkt werden. Dazu sind im solidarischen Teil der Gesellschaft viele UnterstützerInnen zu gewinnen. Dass dies möglich ist, hatte eine private Initiative im vergangenen Jahr gezeigt. Innerhalb weniger Tage unterstützten prominente WissenschaftlerInnen, PolitikerInnen aus SPD, Bündnisgrünen und Die Linke genauso wie zehntausende Menschen aus Gewerkschaften, sozialen Bewegungen und Kirchen eine Postkartenaktion, mit der Amazon aufgefordert wurde, in Tarifverhandlungen einzutreten.

Zweifel im Bundesfachbereich Handel am Erfolg der Streiks bei Amazon könnten auch zu einer Beendigung dieser Aktivitäten führen. Ein solches Verhalten wäre in ver.di Handel nicht das erste Mal. So wurde trotz eines anderslautenden Beschlusses des ver.di-Kongresses von 2007 die seit 2004 mit viel öffentlicher Unterstützung und Resonanz geführte Lidl-Kampagne, die einen Tarifvertrag zur Bildung von arbeitsfähigen Betriebsräten zum Ziele hatte, wenige Monate nach dem Bundeskongress klammheimlich vom damals zuständigen BuVo-Mitglied Margret Mönig-Raane für beendet erklärt! Ohne den Beelzebub herbeischreiben zu wollen: Auch schlechte Beispiele können zur Nachahmung verführen!

Bei Amazon darf etwas Vergleichbares nicht passieren. Dem stehen die Interessen der seit zwei Jahren immer wieder Streikenden und ihrer UnterstützerInnen sowie die Bedeutung dieses für die Tarifverträge im Handel wichtigen Arbeitskampfes diametral entgegen.

Ein personeller Neuanfang?

Auch darüber wird in ver.di diskutiert. Diese Diskussionen wurden verstärkt durch die Tatsache, dass Stefanie Nutzenberger auf der Bundesfachbereichskonferenz im April 2014 nach mannigfachem Hin und Her nur von 61,4 Prozent der anwesenden Delegierten erneut zur Wahl als Bundesfachbereichsleiterin vorgeschlagen wurde. Wenn fast 40 Prozent der Delegierten trotz zahlreicher Aktivitäten und Gespräche in den Kulissen Nein sagen zur Übernahme einer führenden Funktion in der Gewerkschaft, dann lässt sich das nur schlecht negieren – vor allem angesichts des Mottos dieser Konferenz: »Gemeinsam. Besser. Stärker.«

Neben der oben beschriebenen Kritik an der Arbeit von Stefanie Nutzenberger spielte offensichtlich ihr Umgang mit Ehrenamtlichen eine Rolle. Während in ver.di einerseits das Prinzip der Ehrenamtlichkeit – auch in der Satzung – groß geschrieben wird, wurde immer wieder die Funktion einer Hauptamtlichen als die einer Vorgesetzten praktiziert. Vielleicht ist so auch die große Fluktuation unter den Hauptamtlichen im Berliner Bundesfachbereich Handel zu erklären. Eine solch hohe Fluktuation trägt nicht dazu bei, kontinuierlich gewerkschaftliche Strategien und Vorgehensweisen zu erarbeiten. Fehlende Perspektivdiskussionen sind

zwangsläufig das Ergebnis. Angesichts des permanenten Wandels im Handel sind diese im Interesse der noch immer zahlreichen und aktionswilligen Mitglieder sowie der Gewerkschaft insgesamt dringend notwendig.

anton kobel

Anmerkung:

1) Damit ist der Aufbau verschiedener Vertriebswege innerhalb eines Unternehmens gemeint.

express im Netz unter: www.express-afp.info